

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 174. Ratssitzung vom 29. Mai 2013

3952. 2010/153

Weisung vom 20.03.2013:

Motion der SP-Fraktion, SVP-Fraktion und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Es wird eine Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD) gemäss Beilage erlassen.
2. Die Motion, GR Nr. 2010/153, der SP-, SVP- und Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Marco Denoth (SP): *Es geht um die Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD). Umstritten waren die Regelungen zur Berichterstattung, zur Amtszeitbeschränkung, zur Entschädigung und zur Abgabe von Entschädigungen. 2009 verlangte eine Mehrheit des Rats Änderungen in diesen Bereichen. Der Gemeinderat nahm die Änderungen zuerst an und lehnte sie nach den Korrekturen der Redaktionskommission irrtümlich ab. Die SVP, die Grünen und die SP wollten diesen Irrtum so rasch wie möglich korrigieren und reichten die vorliegende Motion ein. Eine Woche später beschloss der Stadtrat die Verordnung in ihrer ursprünglichen Fassung. Er liess damit den eigentlichen Willen des Gemeinderats ausser Acht. Die aktuelle Vorlage des Stadtrats entspricht mit einigen kleinen Ausnahmen nun der Version, die irrtümlich abgelehnt wurde. Zu den Ausnahmen: Die Berichterstattung ist so geregelt, dass nur noch in geeigneter Form Bericht erstattet werden muss. Sämtliche Berichte müssen an die vorgesetzte Stelle weitergeleitet werden, sofern die Berichterstattung nicht durch das übergeordnete Recht eingeschränkt ist. Es wird darauf verzichtet, dass die Vertretungen in Drittinstitutionen immer wenn nötig, aber mindestens einmal jährlich in schriftlicher Form Bericht erstatten. Wir befürworten die Abschwächung in der neuen VVD. Zudem wurde die Höchstentschädigung nach unten korrigiert. Es handelt sich hier um eine mehrheitsfähige Kompromisslösung.*

Kommissionsminderheit:

Michael Schmid (FDP): *Es ist nicht so, dass der Stadtrat 2010 die ursprüngliche Fassung beschlossen hat. Er ist sehr wohl auf einige Änderungen aus der Detailberatung eingegangen. Im Rahmen dieser Motion werden grundsätzliche Fragen*

nicht beantwortet, da sie nicht Gegenstand der Motion waren. Das wäre etwa die Frage der Rolle der Stadt in Drittinstitutionen, die Frage von Eigentümerstrategien in Drittinstitution mit einem wirtschaftlichen Zweck oder auch die Grundsatzfrage, ob Mitglieder der Exekutive überhaupt in Leitungsgremien solcher Drittinstitutionen abgeordnet werden sollen. Diese Fragen müssen wir ebenfalls auf den Tisch bringen. Die Minderheit lehnt deshalb den Antrag zu Ziffer 1 ab.

Weitere Wortmeldung:

Roger Bartholdi (SVP): *Es sollte alles so umgesetzt werden, wie es der Rat damals beschlossen hat. Die Mandate müssen während der Arbeitszeit ausgeführt werden. Diese Zeit wird nicht zusätzlich entschädigt. Kann man sie nicht während der Arbeitszeit ausführen, erhält man eine entsprechende Vergütung. Aber auch dort soll gesunder Menschenverstand gelten und die Höhe entsprechend reglementiert werden. Gerade auch bei ehemaligen Stadträten muss eine gute Regelung existieren. Nur in absoluten Ausnahmefällen werden solche Projekte verlängert. Damit haben wir ein gutes Reglement. Es geht auch um eine Gleichbehandlung derer, die diese Mandate wahrnehmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartments in Vertretung des Vorstehers des Finanzdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Das Ganze stand unter einem unglücklichen Stern. Nun liegt ein Kompromiss vor. Ich bin froh, dass wir das Geschäft nun der Redaktionskommission überweisen können.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1
Art. 19 Abs. 4

Die GPK beantragt folgende Änderung von Art. 19 Abs. 4:

⁴Die Vertreterinnen und Vertreter liefern die weiteren Entschädigungen der Drittinstitutionen jährlich nach folgenden Ansätzen an die Stadtkasse ab:

- a) bis zum Betrag von 15 000 Franken jährlich: keine Ablieferung;
- b) bis zum Betrag von 25 000 Franken jährlich: die Hälfte des 15 000 Franken übersteigenden Betrags; oder
- c) bei Beiträgen über 25 000 Franken jährlich: der 20 000 Franken übersteigende Betrag.

Wird eine Vertreterin oder ein Vertreter von mehreren Drittinstitutionen entschädigt, so gelten die Ansätze für die gesamthaften Entschädigungen.

Zustimmung: Marco Denoth (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP)

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Bruno Sidler (SVP)

3 / 9

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD)

vom ...

*Der Gemeinderat erlässt,
gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung,
folgende Verordnung:*

1. Geltungsbereich und Begriffe

Art. 1 ¹ Diese Verordnung findet Anwendung auf Vertretungen der Stadt in Organen juristischer Personen des privaten und öffentlichen Rechts (Drittinstitutionen), unabhängig von deren Rechtsform. Geltungsbereich

² Als städtische Vertretungen gelten:

- a) Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet worden sind (abgeordnete Vertreterinnen und Vertreter, Abgeordnete);
- b) Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt wurden (gewählte Vertreterinnen und Vertreter).

Art. 2 Diese Verordnung kommt zur Anwendung, soweit im übergeordneten Recht sowie in den Beschlüssen, Verträgen und Erlassen, die der Wahl zugrunde liegen, keine abweichenden Bestimmungen enthalten sind. Vorbehalt

Art. 3 ¹ Die vorgesetzte Stelle im Sinne dieser Verordnung ist

Vorgesetzte Stelle

- a) für städtische Angestellte, ausgenommen Dienstchefinnen und Dienstchefs: die Dienstchefin oder der Dienstchef;
- b) für Mitglieder des Stadtrats: der Stadtrat; oder
- c) für übrige Delegierte: die Vorsteherin oder der Vorsteher des Departements, das dem Stadtrat die Vertreterin oder den Vertreter vorgeschlagen hat.

² Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Antrag stellenden Departements kann für fachliche Fragen eine andere Stelle für zuständig erklären.

³ Die vorgesetzte Stelle gemäss Abs. 1 kann ihre Aufgaben und Kompetenzen delegieren.

2. Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter

Art. 4 Als Vertreterin oder Vertreter abgeordnet oder vorgeschlagen werden können städtische Angestellte, Behördenmitglieder sowie für die betreffende Funktion besonders geeignete Dritte.

Wählbarkeit

Art. 5 ¹ Für die Auswahl sind in erster Linie fachliche Kompetenz, Zuständigkeit für das betreffende Aufgabengebiet und zeitliche Verfügbarkeit massgebend.

Auswahl

² Unter den Vertreterinnen und Vertretern sollen beide Geschlechter angemessen vertreten sein.

³ Soweit die abzuordnende oder vorzuschlagende Person nicht im Dienst der Stadt steht, sollte sie Wohnsitz in der Stadt oder Region Zürich haben oder sonst in enger Beziehung zur Stadt stehen. Die Ortsbindung ist nicht zwingend erforderlich, wenn die fachliche Qualifikation im Vordergrund steht.

Art. 6 ¹ Die abzuordnende oder vorzuschlagende Person informiert den Stadtrat vor der Wahl über ihre

Interessen-
bindungen

- a) beruflichen Tätigkeiten;
- b) Tätigkeiten in anderen Organen, Führungs- und Aufsichtsgremien, Beiräten und ähnlichen Gremien;
- c) Beratungstätigkeit oder Tätigkeit als Expertin oder Experte;
- d) geschäftlichen Beziehungen mit der Drittinstitution, in der sie die Stadt vertreten soll oder mit dieser in geschäftlicher Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.);

- e) finanzielle Beteiligungen an der Drittinstitution und Anwartschaften gegenüber dieser oder mit dieser in einer geschäftlichen Beziehung stehenden Organisationen (Holdinggesellschaften, Tochterfirmen, Partnergesellschaften u. ä.); und
- f) Mitwirkung in Kommissionen, Tätigkeiten für Interessengruppen, politische Ämter.

² Diese Angaben sind nicht öffentlich. Sie stehen den Mitgliedern des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.

Art. 7 ¹ Der Stadtrat ist das Wahlorgan für sämtliche städtischen Abordnungen und bestimmt die Wahlvorschläge für städtische Vertretungen. Vorbehalten bleiben Wahlen, die gemäss besonderen Rechtsgrundlagen dem Gemeinderat zustehen. Zuständiges Organ

² Der Stadtrat informiert den Gemeinderat über die von ihm bestimmten und vorgeschlagenen Vertretungen in geeigneter Form.

3. Beginn und Ende der Vertretung

Art. 8 ¹ Die Amtsdauer der Abgeordneten beträgt vier Jahre und beginnt am 1. September nach der Erneuerungswahl des Stadtrats, sofern die massgebenden Rechtsgrundlagen nichts anderes festlegen. Amtsdauer

² Für jede neue Amtsdauer findet spätestens im August nach der Erneuerungswahl des Stadtrats eine Gesamterneuerungswahl der Abordnungen statt.

³ Das Mandat von Abgeordneten, die während der Amtsdauer gewählt werden, endet mit deren Ablauf.

⁴ Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 unter Vorbehalt der statuarischen Bestimmungen der Drittinstitution.

Art. 9 ¹ Die Abgeordneten können wieder gewählt werden. Amtszeit

² Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann das Mandat ausnahmsweise für die erforderliche Zeit bis zum Abschluss eines befristeten Projekts, höchstens aber für zwei Jahre verlängert werden. Die Verlängerung ist durch den Stadtrat zu beschliessen.

³ Die Abgeordneten können ihre Tätigkeit längstens bis zum Ende jenes Jahres ausüben, in dem sie 70 Jahre alt werden. Ist eine Vertretung der älteren Generation erforderlich, kann von dieser Altersgrenze abgewichen werden.

⁴Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter gelten Abs. 1 bis 3 nur hinsichtlich des Beschlusses über den Wahlvorschlag.

Art. 10 Der Stadtrat kann Abgeordnete während der Amtsdauer abberufen.

Abberufung von
Abgeordneten

4. Aufgaben und Stellung der Vertreterinnen und Vertreter

Art. 11 ¹Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle regelmässig in geeigneter Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution, insbesondere über die Entwicklung der Finanzlage, die Zusammensetzung der Organe und die Anteilseigner mit mehr als 5 % des Kapitals oder der Stimmen. Sie oder er sorgt dafür, dass die vorgesetzte Stelle sämtliche Berichte erhält, die die Drittinstitution über ihre Geschäftstätigkeit publiziert. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.

Berichterstattung

²Die Berichterstattungspflicht gilt für gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit, als sie nicht durch übergeordnetes Recht eingeschränkt wird.

Art. 12 ¹Die oder der Abgeordnete führt sämtliche Akten, die sie oder er in Zusammenhang mit dem Mandat erhalten oder erstellt hat, ordnungsgemäss nach und hält sie jederzeit zur Einsichtnahme durch die vorgesetzte Stelle zur Verfügung.

Rechenschaft

²Bei Beendigung des Mandats übergibt sie oder er die Akten geordnet und gegen Übernahmebestätigung. Die Übergabe erfolgt nach Anweisung der vorgesetzten Stelle entweder an diese selbst oder an die Nachfolgerin oder den Nachfolger.

³Abs. 1 und 2 finden auf gewählte Vertreterinnen und Vertreter soweit Anwendung, als es die Geheimhaltungspflichten gegenüber der Drittinstitution zulassen.

Art. 13 Ist die Vertreterin oder der Vertreter an der Ausübung der Funktion über längere Zeit verhindert, informiert sie oder er die vorgesetzte Stelle. Diese kann bei Abgeordneten nach Rücksprache mit der Drittinstitution eine Stellvertretung oder die Ablösung veranlassen.

Verhinderung

Art. 14 ¹Abgeordnete, die eine Entscheidung zu treffen, dabei mitzuwirken oder sie vorzubereiten haben, treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen.

Ausstand von
Abgeordneten

² Dies gilt insbesondere, wenn sie

- a) in der Sache ein persönliches Interesse haben;
- b) mit einer Partei in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert oder durch Ehe, eingetragene Partnerschaft, Verlobung oder Kindesannahme verbunden sind; oder
- c) Vertreterin oder Vertreter einer Partei sind oder für eine Partei in der gleichen Sache tätig waren.

³ Im Zweifelsfall entscheidet die vorgesetzte Stelle über den Ausstand.

Art. 15 ¹ Die Vertreterin oder der Vertreter informiert die vorgesetzte Stelle umgehend und soweit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen gemäss Art. 6.

Interessenkonflikte

² Die vorgesetzte Stelle ergreift die Massnahmen, die zur Wahrung der städtischen Interessen nötig sind.

³ Sie kann insbesondere die Abgeordnete oder den Abgeordneten vorsorglich freistellen oder dem Stadtrat die Abberufung beantragen. Dies gilt namentlich dann, wenn die oder der Abgeordnete eine Interessenbindung (Art. 6) nicht beseitigt oder sich der Interessenkonflikt nicht auf andere Weise lösen lässt. Die oder der Abgeordnete ist vor dem Entscheid anzuhören.

Art. 16 Die Vertreterinnen und Vertreter unterzeichnen bei Antritt des Mandats einen Revers, mit dem sie bestätigen, von dieser Verordnung und von ihrer Verantwortung gemäss Merkblatt der Rechtskonsultantin oder des Rechtskonsultanten des Stadtrats Kenntnis genommen zu haben.

Revers

Art. 17 Dokumente, die mit der Vertretung in Zusammenhang stehen, sind bei städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern den Personalakten beizufügen. Bei den übrigen Vertreterinnen und Vertretern führt die vorgesetzte Stelle oder das zuständige Departement das entsprechende Dossier.

Personalakten

Art. 18 ¹ Für ihre Tätigkeit werden die Vertreterinnen und Vertreter durch die Stadt separat entschädigt, soweit die Tätigkeit ausserhalb der Arbeitszeit verrichtet und von der Drittinstitution nicht entschädigt wird.

Entschädigung von
Vertreterinnen und
Vertretern

² Der Stadtrat legt diese Entschädigungen auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers des Finanzdepartments in einem besonderen Beschluss fest. Die Ansätze sind periodisch der Teuerung anzupassen.

Art. 19 ¹ Die Vertreterinnen und Vertreter sind verpflichtet, von der Drittinstitution ausgerichtete Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offen zu legen. Es wird eine jährliche Erhebung über diese Leistungen durchgeführt.

Ablieferung von
Entschädigungen

² Erfolgsvergütungen, namentlich Gewinnausschüttungen, Gewinnbeteiligungen, Tantiemen, Provisionen oder Boni, sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, soweit die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird.

³ Richtet die Drittinstitution Spesenersatz aus, so verbleibt dieser vollumfänglich der Vertreterin oder dem Vertreter. Werden die Spesen in den Leistungen der Drittinstitution nicht separat ausgeschieden, so gelten 15 Prozent dieser Leistungen als Spesen.

⁴ Die Vertreterinnen und Vertreter liefern die weiteren Entschädigungen der Drittinstitution jährlich nach folgenden Ansätzen an die Stadtkasse ab:

- a) bis zum Betrag von 15 000 Franken jährlich: keine Ablieferung;
- b) bis zum Betrag von 25 000 Franken jährlich: die Hälfte des 15 000 Franken übersteigenden Betrags; oder
- c) bei Beträgen über 25 000 Franken jährlich: der 20 000 Franken übersteigende Betrag.

Wird eine Vertreterin oder ein Vertreter von mehreren Drittinstitutionen entschädigt, so gelten die Ansätze für die gesamthaften Entschädigungen.

⁵ Abs. 1 bis 4 gelten auch für Entschädigungen von jeglichen Aufgaben und Funktionen, die die Vertreterinnen und Vertreter für die Drittinstitution übernommen haben.

⁶ Der Stadtrat kann die Beträge gemäss Abs. 4 der Teuerung anpassen.

⁷ Für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht im Dienst der Stadt stehen, kann der Stadtrat in Bezug auf Abs. 4 abweichende Regelungen treffen.

⁸ Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Finanzdepartements kann für die einheitliche Anwendung und das Controlling ergänzende Ausführungsbestimmungen erlassen.

Art. 20 ¹ Die Stadt haftet für den Schaden, den ihre Abgeordneten verursachen gemäss Haftungsgesetz und den massgebenden Bestimmungen des Privatrechts. Wurde der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht, kann sie auf die Abgeordnete oder den Abgeordneten Rückgriff nehmen.

Verantwortlichkeit

² Für gewählte Vertreterinnen und Vertreter kommen die Bestimmungen des Privatrechts zur Anwendung. Die Stadt hält sie schadlos, soweit sie den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.



9 / 9

³Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Vertreterinnen und Vertreter, die nicht in einem aktiven Dienstverhältnis stehen.

5. Schlussbestimmung

Art. 21 Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.

Inkrafttreten

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat